

Der Druck auf die Bauern wächst

Nein zu den Agrarinitiativen Die Landwirtschaftsinitiativen wurden abgelehnt. Das Verhältnis zwischen den Bauern und dem Rest der Bevölkerung hat sich verändert. Für die kommende Massentierhaltungsinitiative kann dies entscheidend sein.

Salome Müller

Der Bauernverband hat wieder gesiegt. Die Frage ist: War es eines der letzten Male?

Die Schweizer Stimmberechtigten haben die zwei Landwirtschaftsvorlagen abgelehnt: Sie sagten mit 60,7 Prozent Nein zur Trinkwasser- und mit 60,6 Prozent Nein zur Pestizidinitiative. Aber der Abstimmungskampf wurde heftig geführt, es gab Vandalenakte, Hasstiraden, Morddrohungen. Es war, als ginge es bei den Agrarinitiativen um alles. Und im Grunde tat es dies auch.

Karel Ziehli, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Uni Bern, sagt: «Die Trinkwasser- und Pestizidinitiative sind ein weiteres Indiz dafür, dass sich der Gesellschaftsvertrag zwischen den Bauern und dem Rest der Schweizer Bevölkerung verändert.»

Die Idee des Gesellschaftsvertrags lautet: Die Schweiz unterstützt die Bauern, und die Bauern ernähren die Bevölkerung. Am 1. Januar 1954 trat das Bundesgesetz «Förderung der Landwirtschaft und Erhaltung des Bauernstandes» in Kraft, seit 2017 ist die Ernährungssicherheit in der Verfassung verankert.

In den 90er-Jahren erfolgten mehrere Reformen. Direktzahlungen an die Bauern wurden mit ökologischen Leistungsnachweisen verknüpft. Laut Karel Ziehli war dies die erste wichtige Veränderung im Gesellschaftsvertrag. Die Trinkwasser- und Pestizidinitiative setzten diesen Trend fort. Umweltverbände und Personen aus der Zivilbevölkerung wollten mit den Initiativen schärfere Regeln für die Landwirtschaft festlegen. Die Bevölkerung formulierte Ansprüche: Das Trinkwasser sollte sauber sein, das Vieh von eigenem Futter ernährt werden, die Produktion ohne Pestizide auskommen. Die Böden sollten nachhaltig genutzt, das Klima geschützt werden.

Forderungen an die Bauern

Die eine Partei des Gesellschaftsvertrags hat angefangen, sich neu zu definieren. Jener Teil der Bevölkerung, der im urbanen Gebiet lebt und den Agrarinitiativen zugestimmt hat, versteht sich zunehmend als Kundschaft. Für die andere Partei des Vertrags, die Bauern, hat diese Veränderung einen grossen Einfluss. Denn die Kundschaft will mitbestimmen.

Obwohl beide Initiativen von einer Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten abgelehnt wurden, sagt Karel Ziehli: «Für den Bauernverband könnte es heikel werden, wenn er jetzt wieder sagt, dass man ihn machen lassen sollte, weil er es besser wisse.»

Die Nachbefragung von Tammedia und «20 Minuten» zeigt: Zum Teil wollen sogar jene Personen eine ökologischere Landwirtschaft, die zweimal Nein gestimmt haben. 12 Prozent von ihnen finden, die Bauern sollten «noch deutlich mehr» tun – für 25 Prozent waren die Vorlagen zu extrem, sie teilen aber das Anliegen der Initiantinnen.

Der Druck auf die Bauern wächst. In der Bevölkerung, im Parlament. Es stehen neue Volks-



Der Blick auf die Landwirtschaft ändert sich – auch bei der Tierhaltung: Alpbzug-Idylle im Meiental UR 2020. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

Pestizidinitiative

Stimmbeteiligung: 59,8%



Quelle: BFS 50%

initiativen an, die Unterschriften sind gesammelt. Die Massentierhaltungsinitiative, die Biodiversitätsinitiative, die Landschaftsinitiative, die Gletscherinitiative: Alle tangieren die Landwirtschaft.

Die Massentierhaltungsinitiative wird im Herbst im Parlament behandelt. Sie fordert mehr Fläche und Auslauf für die Tiere – eine Tierhaltung, die dem Standard von Bio Suisse entspricht.

Würde sie angenommen, müssten viele Hühner- und Schweinemastbetriebe schliessen oder den Tierbestand stark reduzieren. Es geht erneut um eine grundsätzliche Frage: Welche Landwirtschaft wollen wir?

Der Bundesrat und das Parlament haben zu all den hängigen Initiativen einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag formuliert. Bei der Trinkwasser- und Pestizidinitiative hatte ein solcher noch gefehlt.

Politikwissenschaftler Karel Ziehli sagt, die Politik habe erkannt, dass Umweltthemen wichtig geworden seien. Und sie habe gemerkt, dass sie auf den Druck aus der Bevölkerung reagieren müsse. Die Umweltverbände seien eine ernst zu nehmende Mit-

spieler geworden, die es schafften, viele Leute für ihre Anliegen zu mobilisieren. Ziehli sagt: «Die Politik muss zeigen, dass sie für Veränderungen Hand bietet.»

Reizthema Tierschutz

Der Bundesrat gab vor wenigen Wochen bekannt, was er der Massentierhaltungsinitiative entgegensetzen will: Das Wohlergehen für alle Tiere soll als allgemeiner Grundsatz in der Verfassung verankert werden. Nutztiere sollten tierfreundlich untergebracht werden, regelmässig Auslauf bekommen und schonend geschlachtet werden. Die Position des Bauernverbands ist bereits klar: Nein zur Massentierhaltungsinitiative. Und Nein zum Gegenvorschlag.

Bauernpräsident: «Die ländliche Schweiz war extrem mobilisiert»

Herr Ritter, es war ein harter Abstimmungskampf mit schweren Anschuldigungen, mit Drohungen, auch vonseiten der Bauern.

Die Emotionen gingen sehr hoch auf beiden Seiten. Auf unserer Seite waren natürlich Zehntausende von Bauernfamilien, aber auch Leute in vor- und nachgelagerten Bereichen direkt in ihrer Existenz bedroht. Das hat viele Leute stark verängstigt. Auf der anderen Seite hatten wir Leute, die sehr stark emotional durch die Grundwasserdiskussion geprägt wurden und sich entsprechend eingebracht haben. Ich habe auch sicher 30 anonyme Briefe bekommen, die mit Hassinhalten gefüllt waren.

Wie meinen Sie das konkret? Wie können Sie den Städten entgegenkommen?

Nehmen wir zum Beispiel die teuren Mieten, die in den Städten ein Problem sind, weniger auf dem Land. Dort haben wir die Finanzierung der Genossenschaftswohnungen mitgetragen. Es gibt auch Anliegen im Verkehr oder im gesellschaftlichen Bereich, die wir mittragen können oder zumindest nicht bekämpfen.



Markus Ritter
Der St. Galler Biobauer und Mitte-Nationalrat ist Präsident des Schweizer Bauernverbandes.

Hat sich letztlich die ländliche Schweiz gegen die städtische durchgesetzt?

Es ist so, dass die ländliche Schweiz extrem mobilisiert war. Ich habe das die letzten 30 Jahre seit der EWR-Abstimmung nie mehr so gesehen. Die Leute waren stark betroffen. Das hat dazu geführt, dass die ländliche Schweiz ihre Anliegen stärker einbringen konnte.

Der Graben zwischen Stadt und Land ist zuletzt tiefer geworden. Wie kann man ihn überwinden?

Es braucht den Dialog. Es braucht ausgeglichene und ausgewogene Lösungen. Es gibt heute Themen, die betreffen vor allem städtische Bereiche – etwa den Nahverkehr, aber auch Themen, die die ländliche Schweiz stark betreffen. Hier muss man aufeinander hören.

Sie haben mehrfach den indirekten Gegenvorschlag aus dem Parlament gelobt, der die Gefahr von Pestiziden reduzieren soll. Der wäre ohne den Druck der jetzt abgelehnten Initiativen gar nicht zustande gekommen, oder?

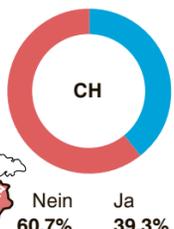
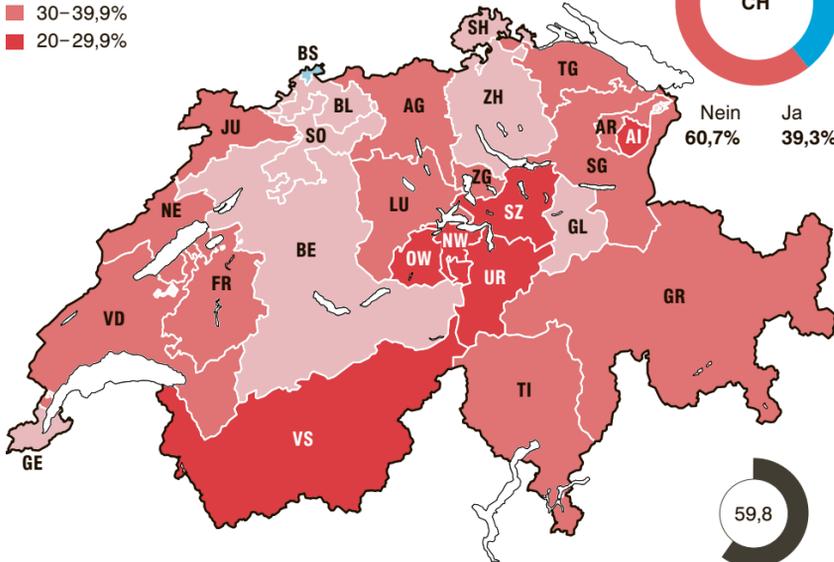
Das ist eine parlamentarische Initiative, die unabhängig von diesen beiden Initiativen vom Ständerat lanciert wurde; es gibt keine direkte Verknüpfung. Wir haben eine Lösung gewählt, die sich auf die Probleme fokussiert, nicht auf die Initiativen. Das war mir persönlich immer wichtig: Extremen Initiativen soll man keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Damit gibt man nur weiteren Initiativen, die extrem formuliert sind, Auftrieb.

Hans Brandt

Nur ein Kanton hat die Trinkwasserinitiative angenommen

Ja-Stimmenanteile

- 50–59,9%
- 40–49,9%
- 30–39,9%
- 20–29,9%



Kt.	% Ja
BS	58,8
ZH	49,3
GE	46,9
SH	44,2
BL	41,5
GL	40,7
BE	40,4
SO	40,3
AR	39,1
ZG	38,7
NE	38,6
AG	38,2
TI	38,0
GR	37,8
SG	37,5
LU	34,2
TG	34,0
VD	34,0
FR	31,2
JU	30,7
SZ	29,2
NW	29,2
OW	27,8
UR	27,4
AI	26,0
VS	21,7

Grafik niz, mt / Quelle: BFS

Stimmbeteiligung 59,8